

Arnim Regenbogen / Elk Franke / Reinhold Mokrosch (Hg.)

# Was hält die Migrationsgesellschaft zusammen?

Werte - Normen - Rechtsansprüche

Universitätsverlag Osnabrück



**V&R** unipress



**unipress**

# Werte-Bildung interdisziplinär

Band 8

Herausgegeben von

Martina Blasberg-Kuhnke, Eva Gläser, Reinhold Mokrosch,  
Susanne Müller-Using und Elisabeth Naurath

Die Bände dieser Reihe sind peer-reviewed.

Arnim Regenbogen / Elk Franke /  
Reinhold Mokrosch (Hg.)

# **Was hält die Migrationsgesellschaft zusammen?**

Werte – Normen – Rechtsansprüche

Mit einem Geleitwort von Dr. Susanne Klinger

Mit 9 Abbildungen

V&R unipress

Universitätsverlag Osnabrück

## | BertelsmannStiftung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<https://dnb.de> abrufbar.

**Veröffentlichungen des Universitätsverlags Osnabrück  
erscheinen bei V&R unipress.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Bertelsmann Stiftung und  
des Förderkreises der Osnabrücker Friedensgespräche.

© 2021, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Ruth Engstfeld-Schrepper: »Bild-Metapher: Knoten«, Fotografisch  
bearbeitet: Björn Franke

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 2198-1523

ISBN 978-3-8470-1268-9

---

# Inhalt

Geleitwort . . . . .	7
Vorwort . . . . .	11
<b>1. Kapitel: Aspekte eines kulturellen Pluralismus</b>	
Elk Franke	
Einführung . . . . .	15
Julia Tegeler / Kai Unzicker / Stephan Vopel	
Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der vielfältigen Gesellschaft . . . . .	17
György Széll	
Ist eine ›harmonische‹ Migrationsgesellschaft möglich? . . . . .	39
Wolfgang Kaschuba	
Integration der Gesellschaft: Die zentrale Agenda der Moderne – ein Essay . . . . .	69
<b>2. Kapitel: Relevanz theoretischer Konzepte</b>	
Reinhold Mokrosch	
Einführung . . . . .	89
Elk Franke	
Interkulturelle Kompetenz – erwünscht, aber auch realisierbar? . . . . .	91
Harald Kerber	
Integration: Fremdheit, soziale Teilhabe und politische Teilnahme . . . . .	111
Gregory Bond	
Streitkultur, Integration, Wertevermittlung – Mediation . . . . .	123

### 3. Kapitel: Dimensionen multikultureller Wertebildung

Arnim Regenbogen	
Einführung . . . . .	135
Nick Lin-Hi / Marlene Reimer	
Werte in der Weltgesellschaft: Die gesellschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil als Orientierungspunkt . . . . .	137
Wilfried Schubarth	
Wertebildung im internationalen Vergleich . . . . .	149
Arnim Regenbogen / Reinhold Mokrosch	
Jenseits von ethnischen Grenzen – EU-Grundrechte als Maßstäbe für eine Wertebildung . . . . .	163

### 4. Kapitel: Studien zu multikultureller Wertebildung

Arnim Regenbogen	
Einführung . . . . .	181
Britta Baumert	
Wertebildung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich . . . . .	183
Margit Stein / Veronika Zimmer	
Interethnische Freundschaften und deren Einfluss auf die Einstellungen zur Zuwanderung – Ergebnisse einer quantitativen Untersuchung . . . . .	199
Reinhold Mokrosch	
Leistet Interreligiöses Lernen einen Beitrag zum Zusammenhalt unserer religionslosen Migrationsgesellschaft? Überlegungen am Beispiel »Gewalt oder Frieden?« . . . . .	229
Marcel Remme	
Die Beschneidungsdebatte im Ethikunterricht. Förderung ethischer Urteilsbildung anhand einer interkulturellen Konfliktthematik . . . . .	239
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	263
Sachregister . . . . .	267

---

Wolfgang Kaschuba

## **Integration der Gesellschaft: Die zentrale Agenda der Moderne – ein Essay**

In der Debatte um die Migrationsgesellschaft in Deutschland scheint es in den letzten Jahren immer weniger um Daten und Fakten zu gehen, stattdessen immer mehr um Bilder und Gefühle. Es sind offenbar die Wirkungen einer populistisch forcierten Wahrnehmungs- und Abwehrpolitik gegen den globalen Wandel, die der entgegengesetzten Perspektive von sozial praktizierten und historisch etablierten Erfahrungs- und Integrationsprozessen immer weniger Raum geben wollen. Im politischen Feld soll so Reflex statt Reflexion gelten und Dystopie die Utopie verdrängen – und dies keineswegs mehr nur auf der extremen politischen Rechten. Mein kurzer Essay soll diese konfrontative Konstellation aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten: die eine aus der Migrationsperspektive, die andere aus der Gesellschaftsperspektive. Beide Blickrichtungen zusammen versuchen die Positionen einer gesellschaftlichen Integrationspolitik historisch zu skizzieren und kulturell zu markieren, die mit den »nationalen Lebenslügen« deutscher Nachkriegsgesellschaften endgültig Schluss machen muss. Und dies gerade auch nach den dramatischen Erfahrungen im ersten Jahr unseres »Lebens mit Corona«, in dem die existentielle Bedeutung von gesellschaftlichem Zusammenhalt wie internationaler Solidarität für uns alle so spürbar und greifbar wurde.

Daher versucht meine erste kurze Standortbestimmung – quasi rekapitulierend – einen eher historisch angelegten und demographisch argumentierenden Abriss zur Geschichte und Gegenwart deutscher Ein- und Auswanderungen. Die zweite längere Positionsbestimmung fragt dann nach den aktuellen Hindernissen wie Voraussetzungen für eine wirksame Integrationspolitik, also nach den notwendigen kognitiven Schritten, um nicht nur vom Einwanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft zu kommen, sondern schließlich auch gemeinsam endlich in jener »Gesellschaft der Lebensstile« anzukommen, in der so viele von uns längst und gerne leben. Auch dies hat uns die Corona-Krise mit all ihren Verlusten an öffentlichen Räumen und Strukturen wie an gesellschaftlicher Mischung und Nähe wohl schmerzlich bewusst gemacht.

## I. Migration ist die Mutter von Gesellschaft

Unser Mann aus Ingolstadt<sup>1</sup> und für das Grobe hat im Herbst 2018 das zweifelhafte Bonmot des Jahres produziert: Migration sei die Mutter all unserer Probleme. Dieses *Bonmot* ist eigentlich ein *Malmot*, da ein selten unhistorischer und törichter Satz – zumal in einem historischen Einwanderungsland wie in Deutschland. Denn gerade das deutsche Beispiel zeigt, dass es sich genau umgekehrt verhält. Migration ist keineswegs die Mutter all unserer Probleme. Migration ist vielmehr die »Mutter von Gesellschaft«! In den letzten drei- bis vierhundert Jahre sind Einwanderung und Auswanderung, Migration und Flucht nie das ursächliche Problem deutscher Geschichte und Gesellschaft gewesen, sondern stets Teil seiner gesellschaftlichen Lösung. Das zeigt schon ein flüchtiger Blick zurück auf die wichtigsten Stationen unserer Wanderungsgeschichte:

- auf das Ende des 17. Jahrhunderts etwa, mit der massenhaften Einwanderung der französischen Hugenotten nach Preußen, die als protestantische Religionsflüchtlinge in Berlin dann zeitweise 30 % der städtischen Bevölkerung ausmachen,
- dann auf das 19. Jahrhundert, in dem mehr als sieben Mio. Deutsche in die USA auswandern; nach heutigem ordnungspolitischen Sprachgebrauch fast alle »Wirtschaftsflüchtlinge«,
- auf die Zeit um 1900, als eine Million polnischer Bergarbeiter ins Ruhrgebiet geholt werden,
- auf die Jahre um 1918, als fast eine halbe Million russischer Revolutionsflüchtlinge vorzugsweise nach Berlin kommen, vorzugsweise nach »Charlottengrad«,
- auf die Zeit zwischen 1933 und 1945, als viel zu Wenigen die Flucht vor dem Massenmord der Nazis im Holocaust und der Verfolgung Andersdenkender gelingt,
- auf das Jahr 1945 als 14 Millionen Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Displaced Persons, also KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter beiderlei Geschlechts, durch Deutschland irren, weder in der späteren BRD noch DDR wirklich willkommen,
- auf die Zeit zwischen den 1960er und 80er Jahren, als von 12 Millionen sog. »Gastarbeitern« aus der Türkei, Italien, Spanien und anderen Ländern sich schließlich 4 Millionen nicht an das vereinbarte Arbeitskräfte-Rotationsprinzip halten, sondern einfach im kalten Germanien bleiben,
- auf die Jahre nach 2000, in denen fast unbemerkt eineinhalb Millionen Menschen aus Polen zu uns gekommen sind,

---

1 Der Autor spielt auf den ehem. CSU-Vorsitzenden Seehofer an (Anm. der Red.).

– oder nun eben auf die Jahre seit 2015 mit rund 1 Million Geflohener – vor allem aus Syrien, Afghanistan und afrikanischen Krisenstaaten.<sup>2</sup>

In jedem dieser historischen Fälle bedeutete die massenhafte Einwanderung oder Auswanderung die Lösung oder jedenfalls Milderung einer politischen oder ökonomischen Krise: weil dadurch jeweils Kriegs- wie Krisenfolgen abgemildert, weil damit Arbeitskräftemangel wie demographische Defizite ausgeglichen, weil dabei neue politische wie soziale Generationsentwürfe ermöglicht wurden. All diese Migrationsbewegungen machten Deutschland historisch wie empirisch längst zum *Einwanderungsland* – aber eben noch nicht zu einer *Einwanderungsgesellschaft*, die nämlich bewusst und aktiv aus dieser ihrer Geschichte gelernt hätte. Denn es gehört neben der langen Verdrängung des Holocaust eben auch zu den Lebenslügen der deutschen Nachkriegsgesellschaft, dass sie diese vielen und vielfältigen Kapitel ihrer Ein- und Auswanderungsgeschichte nie als ein ihr eigenes und wesenhaftes historisches Faktum und damit auch nie als ein ihr wesentliches nationales Narrativ akzeptieren wollte.

Deswegen also nochmals den Seehofers und anderen ins Stammbuch, dass gerade in Deutschland die Migration keineswegs »die Mutter all unserer Probleme« ist, sondern vielmehr und umgekehrt »die Mutter von Gesellschaft«. Sonst wäre eben nicht nur die CSU, sondern wären wir alle immer noch mit Steinzeitkonflikten zwischen bayerischen und fränkischen Horden beschäftigt. Oder seriöser formuliert: Der Erkenntnisritt vom *Einwanderungsland* hin zur *Einwanderungsgesellschaft* in Deutschland war und ist sowohl im Blick auf die nationalen wie globalen Migrations- und Fluchtbewegungen als auch auf die kulturellen wie politischen Bewegungen in unserer gesellschaftlichen Gegenwart längst überfällig.

Dennoch wird er auch jetzt nur sehr zögerlich getan. Nicht von ungefähr blieb in der innerdeutschen Politik- und Mediendebatte lange Zeit offen, ob vom Deutschen Bundestag nun wieder verklausulierend über ein »Fachkräftezuwanderungsgesetz« oder eindeutig über ein »Einwanderungsgesetz« beschlossen werden soll.<sup>3</sup> – Während andere draußen – etwa das letzte Weltwirtschaftsforum – den Deutschen nach und wegen ihrer humanitären Haltung in der Flüchtlingsfrage der letzten Jahre weltweit die höchste gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit bescheinigt haben. Damit lehnen auch sie jedenfalls einen Paradigmenwechsel in der Migrationsfrage nachdrücklich ab:

---

2 Zum Gesamtkomplex Migration s. Klaus J. Bade: *Migration – Flucht – Integration: Kritische Politikbegleitung von der ›Gastarbeiterfrage‹ bis zur ›Flüchtlingskrise‹*. Karlsruhe 2017.

3 Beschlossen wurde inzwischen das »Fachkräfteeinwanderungsgesetz« vom 15. August 2019 – vgl. Bundesgesetzblatt v. 20.08.2019 (Anm. d. Red.).

Deutschland bewältige die Globalisierung besser als andere nicht trotz, sondern wegen seiner zunehmend offenen Gesellschaftspolitik!

## II. Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik

Aus der anderen, der gesellschaftlichen Blickrichtung formuliert mein zweiter Titel und Teil kurz und knapp die These, dass »Integration« in der Moderne *die* zentrale politische Aufgabe verkörpert und dass sie zugleich stets und nur als *gesamtgesellschaftliches* Konzept zu verstehen ist.<sup>4</sup> Dass Integration also keineswegs verengt werden darf auf einen gesellschaftspolitischen Reflex im Angesicht von Flucht und Migration – wie dies aktuell in vielen europäischen Ländern und auch in der deutschen Debatte zumeist geschieht.

Und wenn diese These eingangs bereits eines Kronzeugen bedarf, um die drängende Aktualität wie die Sinnhaftigkeit dieser Perspektive zu belegen, dann nehme ich dafür nicht etwa einen *soziologischen Theoretiker* wie Max Weber – der kommt nachher.<sup>5</sup> Vielmehr rufe ich dafür den *politischen Praktiker* Donald Trump in den Zeugenstand, also jenen egomanischen Spekulant, der als Präsident mit seiner Politik genau das Gegenteil von Integration betreiben konnte: eine aggressive Des-Integrationspolitik zum Zweck der inneren sozialen Polarisierung und der institutionellen Destabilisierung der US-amerikanischen Gesellschaft – von seiner internationalen Isolationspolitik ganz zu schweigen.

### Desintegration als Machtkonzept

Donald Trump verkörpert politisch wie biografisch nur das folgerichtige Produkt einer Gesellschaft, in der kapitalistische Investition und spekulative Intervention zwei wesentliche Antriebsachsen für eine allein rendite-orientierte Wirtschaftspolitik und für eine rein machtbezogene Gesellschaftspolitik bilden: letztlich für eine neoliberale Gesellschaft und für populistische Autokratie. Da wird soziale Einfalt teilweise offen rassistisch gegen kulturelle Vielfalt ausgespielt. Da werden alte weiße Männer und Frauen hofiert, während Migranten und Geflüchtete, junge Frauen und schwule Männer diskriminiert werden. Da werden demokratische Presse, staatliche Rechtsorgane, kritische Forschung verteufelt und wissenschaftliche Fakten einfach durch beliebige Fakes ersetzt und rundweg geleugnet. Und dies keineswegs nur dummdreist und arrogant wie in Trumps

4 Vgl. auch die Beiträge in diesem Band zum Begriffsumfang von »Integration« von Szell, von Kerber, und von Lin-Hi/Reimer (Anm. d. Red.).

5 Weiterer Bezug auf Weber s. unten Abschn. »Reflexive Moderne?« (Anm. d. Red.).

persönlichen Tweeds, sondern oft durchaus geschickt verpackt in der strategischen Gestalt einer gezielten Kampagnenpolitik der systematischen Desinformation und der manipulativen Medienarbeit.

Mit Hilfe der neuen Medienportale wie Facebook, Youtube oder Twitter wird dabei ein direkter Zugang zur Einzelperson gesucht, die nun nicht mehr durch gemeinsame vermittelnde – und eben auch: reflektierende – Nachrichten- und Wissensformate informiert, organisiert und damit in gewisser Weise auch versichert wird. Vielmehr ist das Individuum nun einem Bombardement von bewusst erratischen und irritativen Fake-News ausgesetzt, die allein darauf abzielen, wissenschaftlich begründete Wissenshorizonte und gesellschaftlich integrative Werthaltungen bewusst zu zerstören und an ihrer Stelle diffuse Bedrohungsszenarien und Ängste aufzubauen. Dies geschieht vor allem im Blick auf zentrale gesellschaftliche Zukunftsthemen wie Migration, Klimaerwärmung, Geburtenkontrolle oder Gentechnologie. Und diese Desinformationspolitik begann auch keineswegs erst mit den europäischen Rechtspopulisten oder mit Donald Trump, vielmehr war und ist dies schon lange das strategische Ziel einer globalen wie nationalen Kommunikationspolitik großer industrieller Komplexe – vor allem aus der Energie-, Chemie- und Medienwirtschaft.

Trump & Co. fegten insofern heute nur die bislang noch eher zersprengten Themen und Haltungen zusammen, bündelten sie neu und außerhalb der herkömmlichen medialen Systeme in aggressiven Diskursen und Hasskampagnen. Und sie stilisierten sich dabei selbst mit extremem medialem Aufwand über weitverzweigte Twitter- und Hass-Netze zu einer Bewegung »von unten« gegen »die da oben« – wobei sie sich ganz bewusst auch einen »zivilgesellschaftlichen« Anstrich zu geben versuchen, indem sie entsprechende Symbole und Gesten gegen das angeblich vereinigte politische, administrative und intellektuelle Establishment einsetzen.

Dabei hat dieser Präsident in den vergangenen 50 Jahren seine Geschäfte stets gerade dort betrieben, wo wir eigentlich die Herzkammern unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaften sehen: in den offenen großen Städten und in ihren öffentlichen Räumen. Dort aber, in den Metropolen, meint Trumps Metier, das Immobiliengeschäft, eben gerade nicht wirtschaftliche wie politische Mitarbeit an der Entwicklung der Stadtgesellschaft. Vielmehr meint es ganz im Gegenteil: Kampf um die *private* Verfügungsmacht über *öffentliche* und gemeinsame Ressourcen, also über bewohnbare Gebäude und über soziale Lebenswelten. Und damit auch über jene urbanen Räume, die entweder eine offene und vielfältige Gesellschaft beherbergen können – oder denen diese beherbergende Funktion durch kapitalistische Spekulation genommen wird.

Nun wissen wir, dass Donald Trump sein Vermögen von seinem Vater Fred geerbt und sein Handwerk von ihm gelernt hat. Und dies eindeutig in der spekulativen Variante: als Akteur und Profiteur von urbaner Vertreibung, Genti-

fizierung und Kapitalisierung. Dies begann bereits vor 50 Jahren in New York, in den einst sozial gemischten Quartieren von Brooklyn, Queens und Manhattan. In dieser spekulativen Perspektive jedoch auf die Stadtgesellschaft meinte »gemischt« für Trump und Konsorten allerdings schon damals keineswegs vielfältig und bunt, sondern vielmehr: divers, heterogen, unterschiedlich. Unterschiedlich also im Blick auf die ökonomischen Mittel wie den sozialen Status, auf die ethnische Herkunft wie die religiöse Orientierung der verschiedenen städtischen Bevölkerungsgruppen.

Genau auf dieser Perspektive des sozialen Unterschieds und der sozialen Spaltung basierte damals auch seine Geschäftsmethode und basiert heute seine Gesellschaftspolitik: Es ist die strategische Setzung und die wirtschaftliche Nutzung von »Differenz« in der Stadt, in deren schmale wie breite Fugen der Spekulant systematisch seine Keile hineintreibt. In der er Wohnungen und Gebäude, Räume und Nachbarschaften flächig entsozialisiert und entsolidarisiert. In der er damit den Stadtraum wie die Stadtgesellschaft in einzelne Parzellen und Parteien aufteilt, um sie so – getrennt und geschwächt – in Konkurrenz zueinander zu setzen und damit leichter seinen privaten Verwertungszwecken zuführen zu können.

Das Ergebnis dieser Politik sehen wir heute dramatisch zugespitzt wiederum in den großen Städten der USA wie Europas. Sichtbar vor allem in ihrer extremen gesellschaftlichen Ambivalenz: als Orte von großer individueller Freiheit wie von großer sozialer Not, als sozial *inklusive* wie als konsumtiv *exklusive* Räume, als Labore der Zivilgesellschaft wie als Labore des Turbokapitalismus. Diese Gegensätze wirken und formieren sich in den Metropolen oft in unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft: verschärft durch eine Politik der moralischen Diskriminierung – wie etwa der systematischen Beschimpfung und Beschämung von alleinerziehenden Müttern als »Sozialversager« oder von Flüchtlingen als »Asyltouristen«, durch die moralische wie ethische Fundamente der Gesellschaft zerstört werden.

Geradezu symbolisch verkörpert sich diese Ambivalenz auch in der Person und Politik von Donald Trump selbst, der so einerseits als legitimes Kind seiner Zeit und der großen Stadt erscheint – und andererseits und umgekehrt als deren größter Feind. Obgleich auch er in jedem zweiten Satz behauptete, Gesellschaft integrieren und einen zu wollen, sollte doch gerade sein Mantra »Amerika first« die historische Grundtextur der Stadt als dem gleichsam genetischen Ort von Offenheit und Vielfalt in ihr völliges Gegenteil verkehren: in eine verstockte lokale Welt der Einheimischen, in das Homeland eines weißen und alten Amerika, dessen gemeinsames Credo »rifle and bible« bilden.

Doch zum Glück ist sich gerade die Stadtgesellschaft des Wertes ihrer Offenheit und Freiheit sehr wohl bewusst. Denn sie profitiert wesentlich vom gegenseitigen Respekt der urbanen Gruppen und vom Schutz ihrer Minderheiten

und bleibt daher als lebensweltliche Ordnung auch »resilient«, widerstandsfähig. Deshalb sind die Trumps und die Le Pens und die Gaulands samt ihren reaktionären Gefolgschaften alle keine Freunde der großen Stadt: weil deren liberale und kosmopolitische Kultur ihnen buchstäblich »fremd« ist.

### Volk statt Gesellschaft?

Mit Donald Trump wollte ich also gleich eingangs und ex negativo illustrieren, wie sehr »Integration« in der Moderne tatsächlich ein permanenter gesamtgesellschaftlicher und nachhaltiger Prozess ist. Sie meint eben nicht ein Sonderphänomen, mit dem uns erst neuerdings die Migranten und Geflüchteten konfrontiert hätten. Vielmehr ist damit ein zentraler und gemeinsamer Kampfplatz markiert, auf dem der politische und ethische Grundkonflikt um den Charakter unserer Gesellschaften ausgetragen wird.

Insofern klingt es in gewisser Weise paradox, wenn wir zugleich feststellen müssen, dass es heute offensichtlich gerade die intensive *Debatte* über Integration ist, die in vielen Bereichen eine intensive *Praxis* gesellschaftlicher Integration verhindert. So argumentieren jedenfalls die Rechtspopulisten von Ungarn bis in die USA: dass nicht erst die physische Präsenz von »Fremden«, also von Migranten und Geflüchteten, eine unerwünschte Zumutung für ihre Nationalgesellschaft darstelle, sondern dass dies bereits für die Diskussion darüber gelte. Dass also allein schon die öffentliche Vorstellung dauerhafter Zuwanderung und die permanente Diskussion darüber zu einer Art von mentalen »Umvolkung« führe. Dadurch bereits würden die »Bilder vom Eigenen«, vom wahren nationalen und ethnischen Ursprung relativiert, bedroht und verwischt. Und damit würde uns von ihnen, von den fremden »Invasoren«, der Kulturkampf gewaltsam aufgezwungen.

Deswegen führt die Rechte in Europa wie den USA diese Diskussion um Zuwanderung ihrerseits ebenfalls in Permanenz: um Migration durch eine systematische Thematisierung, Skandalisierung und Hysterisierung letztendlich zu verhindern. Und diese Strategie eines kulturell und mental mobilisierenden Alarmismus funktioniert ganz offensichtlich bis weit hinein in konservative bürgerliche Milieus und Parteigruppierungen: Die Strategie der ständigen »Debatte« der Integration schafft so in der Tat praktische des-integrative Effekte.

So schrieb der Salzburger Schriftsteller Klemens Renoldner einst zum Wahlsieg der Österreichischen Volkspartei<sup>6</sup>: »Der Erfolg kam zustande, weil sich Se-

---

6 Der Autor bezieht sich hier auf das Ergebnis der Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 (Anm. d. Red.).

bastian Kurz ein Thema vom rechten Rand holte und es auf adrette Weise im bürgerlichen Wohnzimmer präsentierte: den Hass auf Ausländer. Kurz ist es gelungen, den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft salonfähig zu machen. Das ist der eigentliche Skandal. Er hat alle politisch relevanten Fragen mit dem Thema Flüchtlinge verbunden, gerne auch mit islamischen Terroristen, die bekanntlich den Berufstätigen in Österreich den Weg zum Arbeitsplatz versperren, Kinder am Schulbesuch hindern und uns im Kaffeehaus die Butter vom Brot stehlen.«<sup>7</sup>

Und in Italien zeigen repräsentative Umfragen aus dem Juli 2018, dass die Bevölkerung den dortigen Ausländeranteil aktuell auf 26 % schätzt. Tatsächlich beträgt er nur 9 %, wird also dreifach überschätzt. Es ist ein bewusst herbeigeführter alarmistischer Hall-Effekt, bei dem das fremdenfeindliche und rassistische Trommeln seine Wirkung zeigt. Der Direktor der italienischen Rentenkasse sprach angesichts solcher Effekte von bewusster politischer Desinformation der rechten Regierung: Sie wolle damit eine demografisch und ökonomisch notwendige Zuwanderungspolitik Italiens bewusst verhindern. Woraufhin ihm der damalige Innenminister Salvini von der rechtsradikalen Lega Nord mit Entlassung drohte.

Gegen dieses Konzept also der strategischen Ethnisierung und Hysterisierung sozialer Phänomene müssen heute verantwortungsvolle Politik und Medien, muss insbesondere auch die Wissenschaft noch deutlicher und entschiedener als bisher argumentieren und sich positionieren. Und dies eben keineswegs nur im engeren Bereich einer Migrations- und Integrationsforschung, sonst gerät das Thema in genau jene Schiefelage der öffentlichen Isolierung und der diskursiven Ghettoisierung, in die es die Rechtspopulisten zu schieben versuchen. Dann erscheint das Wortpaar »Migration und Integration« tatsächlich als der Auslöser für alle gesellschaftlichen Problemlagen und als der Inbegriff für politische Problemdebatten: als ob hier die Ursache alle jener Konflikte zu finden sei um Arbeits- und Wohnungsmärkte, um Bildungs- und Geschlechterfragen, um nationale und religiöse Selbstbilder, um Renten und Kita-Plätze, die unsere Gesellschaften heute umtreiben. Und als ob hier zugleich auch der Schlüssel zu deren endgültiger Lösung bereit läge.

Dies jedenfalls versuchen die Rechtspopulisten immer wieder zu beschwören: Wenn »wir« nur wieder »unter uns« wären: die »wahren« Deutschen, Franzosen, Amerikaner – für uns, ohne jene lästigen Fremden. Und auch die Entwicklungen in den USA wie in Polen, in Ungarn wie Tschechien zeigen, wie dort ethnische und nationale Abschottungspolitik ebenfalls unter dem Stichwort der »Integration« antritt, um dann als explizit »völkische« Gesellschaftspolitik verstanden und vor allem: staatlich exekutiert zu werden. Den »korrupten Eliten« und der »Lügenpresse« wird das wahre und reine Volk gegenübergestellt: als eine dop-

7 Der Tagesspiegel 1. 11. 2017.

pelte ethnische wie moralische Kategorie, die für die Rechtspopulisten und ihre Anhänger letztlich legitimatorisch auch über der Demokratie und der Republik steht.<sup>8</sup>

Nun wird – wer auch historisch und begriffsgeschichtlich denkt – mit dem Begriff wie dem Konzept der »Integration« ohnehin seine Probleme haben. Die Kritik daran zieht sich jedenfalls durch die wissenschaftlichen Debatten der letzten Jahre. Als zu groß erscheinen einerseits die semantischen Prägungen und ideologischen Belastungen des Integrationskonzepts in der Vergangenheit, denn diese legten stets die Perspektive einer angeblich »eingeborenen« Gesellschaft zu Grunde, die sich daher als kulturell homogen und als ethnisch geschlossen verstehen wollte. So stand in Deutschland noch die Gastarbeiter-Politik der 1960er und 70er Jahre explizit unter dem Motto der »Rotation« statt der »Integration«: Die fremden Arbeitskräfte aus Italien oder der Türkei sollten nach einigen Jahren der Arbeit gefälligst in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Dieses verweigerete Selbstbild als Einwanderungsland prägte die deutsche Debatte insgesamt noch bis vor wenigen Jahren. Und daher und damit blieben auch die ethnisch-nationalen Untertöne in der Diskussion um Integrationspolitik so dominant.

Andererseits jedoch ist das Schlagwort von der Integrationspolitik mittlerweile europa- wie weltweit zu einer Leitformel geworden auch für neue Konzepte und reflexive Formen der Gesellschaftspolitik. Für eine Politik, die allmählich auch die Rahmenbedingungen globaler Wanderungsbewegungen und nationaler Einwanderungsgesellschaften mit zu bedenken beginnt. Integration scheint insofern also als politische Formel trotz all ihrer historischen Belastungen und trotz ihrer semantischen Unschärfen eben auch die Königsdisziplin spätmoderner Gesellschaften zu umschreiben: die gemeinsame Suche nämlich nach einer Verständigung darüber, wie wir unsere sozialen und kulturellen Ressourcen fair organisieren, wie wir deren Nutzung gerecht und nachhaltig gestalten und wie wir uns dabei in gemeinsamen Bildern, Werten und Erinnerungen wiederfinden können. Und dies gelingt eben nicht mehr im engen nationalen und alten ethnischen Politikmodus, sondern nunmehr nur unter den Bedingungen globaler Ökonomie, Demographie, Kultur und Umwelt. Die Zeitung *Le Monde* titelte kürzlich: »L'intégration à sens unique« – darum gehe es nun.

### Reflexive Moderne?

Von Integration handelt zugleich auch die wohl wichtigste historische Unterscheidung zwischen den modernen und den vormodernen Gesellschaften: als fundamentaler Unterschied zwischen Lebenswelten heute der sozialen Öffnung,

---

<sup>8</sup> Vgl. FAZ 6.10.2018.

früher der sozialen Schließung. Denn in der Vormoderne bedeutete Integration vor allem dies: eine systematische Politik der sozialen Abschließung in kleinen Verbänden, also in Gestalt von Dorfgemeinschaften und Stadtbürgerschaften, faktisch alle mit dem Ziel der sozialen Integration nach innen und der scharfen Abgrenzung nach außen. Denn es galt, die begrenzten lokalen Ressourcen zu verteidigen: Land, Jagd, Handwerk, Holz, Nahrung als die nicht beliebig vermehrbaren Ressourcen, als buchstäbliche Lebens-Mittel, die daher auch nicht einfach mit Neuen, Fremden geteilt werden konnten. So lautete das historische Überlebensprinzip.

Erst die modernen Gesellschaften ermöglichen durch ihre industriekapitalistische Organisationsform und ihr ökonomisches Wachstum dann auch eine quantitative wie qualitative Erweiterung der Gesellschaft: in Gestalt von Großstädten und Massenkultur! Mobilität und Handel, Vielfalt und Fremdheit werden so zu geradezu systemischen Voraussetzungen der Moderne. Damit tritt integrationspolitisch auch an die Stelle von abwehrendem »Reflex« gegen Fremdes nun die abwägende »Reflexion«: statt der instinktiven Schließung nun also die überlegte Öffnung der Gesellschaft. Und dieser gravierende mentale Paradigmenwechsel verkörpert nun beides zugleich: ihr künftig zentrales Problem wie ihre zentrale Chance.<sup>9</sup>

Auf diesen entscheidenden zivilisationsgeschichtlichen Wirkungszusammenhang haben uns bereits die sozialwissenschaftlichen Klassiker immer wieder nachdrücklich hingewiesen.<sup>10</sup> Wie ein Max Weber, der »soziales Handeln« als immer neue Orientierung auf eine gemeinsame Ethik der Gesinnung und der Verantwortung für die Gesellschaft verstanden wissen wollte. Oder ein Émile Durkheim, der das Verhältnis von individueller Autonomie und gesellschaftlicher Abhängigkeit, von Personalisierung und Solidarisierung in der leitenden Idee einer »organischen Solidarität« ausbalanciert sehen wollte<sup>11</sup>. Oder ein Georg Simmel, der die Figur des Fremden als so zentral betrachtete: den modernen Fremden, der in der Stadt bleibt, weil er bleiben darf, weil hier buchstäblich Be-Darf an Neuen und an Neuem besteht<sup>12</sup>.

»Moderne« Gesellschaft also im Sinne wachsender Bevölkerung und sich mischender sozialer Milieus entsteht vor allem mit den Neuen, den Fremden. Und sie entsteht zunächst in den Städten, durch die Zuwanderung von Menschen, von Ideen und von Waren, also durch Migration und Markt. – Deshalb ist Migration die Mutter von Gesellschaft. Deshalb bezeichnet Max Weber die mo-

9 S. dazu Wolfgang Kaschuba: Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne. Frankfurt a.M. 2004.

10 Zu den soziologischen Klassikern Max Weber und Georg Simmel vgl. unten den Beitrag von Kerber (Anm. d. Red.).

11 Durkheim, Emile: Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt a.M. 1977.

12 Simmel, Georg: Die Großstädte und das Geistesleben. Frankfurt a.M. 2006.

derne Stadt als den »Ort der Zusammengesiedelten« – nicht mehr nur der Eingeborenen und Einheimischen wie vorher. Und deshalb beschreibt er die Stadt auch als den »Raum des Aufstiegs aus der Unfreiheit in die Freiheit«, denn erst dort, in der Stadt, könne sich tatsächlich »Weltfreude« – wie er es nennt – entwickeln<sup>13</sup>. Es ist also diese gesellschaftliche Energie und Dynamik, aus der sich die Europäische Stadt geformt hat – als Entfaltungsraum, als Labor der fortschreitenden ökonomischen Differenzierung, der sozialen Mischung und der kulturellen Vielfalt.

### Gesellschaft der Lebensstile?

Integration im Sinne dieser Weber'schen »Weltfreude« setzt damals wie heute jedoch voraus, dass es ein politisch-soziales Gefüge gibt, das uns allen gemeinsame Bedingungen der Verständigung *über*, des Zugangs *zu* und der Teilhabe *an* Gesellschaft ermöglicht. Also zum einen feste strukturelle wie soziale Politiken der demokratischen Integration und zum andern gemeinsame Vorstellungen über die Legitimität eines Tableaus sozialer wie individueller Modelle der Lebensführung (Weber) bzw. der Lebensstile (Simmel). Dass also nicht umgekehrt und in rechtspopulistischer Manier etwa kulturelle Vielfalt zum Fremdheitsproblem, Kriminalität zum Flüchtlingsproblem oder Religiosität zum Islamproblem erklärt und damit »ausgelagert« wird. Doch genau dies geschieht offenbar immer noch und immer wieder – und keineswegs mehr nur bei der AfD, sondern längst allgemein in einem mitunter fast endzeit-gestimmten konservativ-reaktionären Diskurs.

Dabei scheinen gerade heute und gerade in Deutschland die Voraussetzungen dafür immer besser zu werden, endlich den Weg in eine bewusste Politik der Einwanderungsgesellschaft zu beschreiten. – Besser aus zumindest drei Gründen: Zum einen ist vor allem nach 1989 der Weg in eine politisch wie sozial wie kulturell »offene« Gesellschaft längst eingeschlagen. In weiten Regionen und vor allem in den Städten kommt die Bevölkerung immer internationaler und damit auch gemischter und hybrider daher: als eine Gesellschaft der Lebensstile, in der insbesondere auch die unterschiedlichen kulturellen Praktiken »integrativ« wirken. Zum zweiten wurden in dieser Zeit auch die staatlichen und rechtlichen Strukturen des Zusammenlebens in Deutschland so ausgestaltet, dass sie diesen sozialen und kulturellen Wandlungsprozess heute aktiv tragen und ihn auch kritisch begleiten können: durch eine weithin effektive Gewaltenteilung zwischen Politik, Administration, Rechtswesen und Zivilgesellschaft, durch föderale Strukturen und lokale Spielräume in der Politik, auch durch die Erschwerung

---

13 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 746 u. 742.

radikaler wie populistischer Politiken durch eine aktive und reflexive Geschichtspolitik. Und zum dritten übernimmt Deutschland inzwischen eine deutlich aktivere Rolle im Globalisierungsprozess: Im Feld von Migration und Flucht, von Tourismus und Mobilität, von Klima und Ökologie, von Exportwirtschaft und Lebensstilen ist es mittlerweile ein ebenso wichtiges Zielland wie ein wichtiger Ausgangspunkt weltpolitischer Entwicklungen. Kürzlich titelte der Berliner Tagesspiegel: »Fluchtort Berlin« und beschrieb eine Stadt der Exilanten<sup>14</sup>. Welch dramatisch neues Bild der Hauptstadt vor dem Hintergrund deutscher NS-Geschichte?

Damit sind inzwischen Integrationsleistungen struktureller wie sozialer Art in so hohem Maße erfolgt, dass auch in Deutschland zu Recht von »gelungener« wie von »gelingender« Integration gesprochen werden kann. Wenn darunter eben im Rückblick wie im Ausblick ein permanenter Prozess verstanden wird, der die gesellschaftliche Kultur weiterentwickelt, der sich zunehmend in alle sozialen Räume ausdehnt und der vor allem alle Beteiligten zur Verhandlung, zur Beteiligung und vielfach auch zur Bewegung veranlasst.

Diese gesellschaftlich »hybride« Situation des Zusammenlebens in neuen Formen und Mischungen schafft punktuell gewiss auch neue Konflikte. Sie entschärft zugleich aber auch und vor allem in den Städten manche der klassischen sozialen Differenzen und Grenzen. Und darin deutet sich in der Tat die Perspektive einer »postmigrantischen« Gesellschaft an, die sich unter den Bedingungen globalisierter Arbeit, Mobilität und Kultur neu und anders organisieren muss als nur in traditionellen nationalen und ethnischen Formen. Und sie organisiert sich zunehmend auch anders: eben als eine Gesellschaft der Lebensstile. Denn damit rückt das aktive Moment der Lebensplanung und der Lebensgestaltung immer weiter in den Vordergrund sowohl unserer Bedürfnisse als auch unserer biografischen Entwürfe. Wir werden heute nicht mehr einfach in Lebenswelten und Sozialmilieus hineingeboren, wie noch unsere Großeltern, die angesichts der starken formativen wie normativen Ordnungen ihrer Lebenswelt noch wenig »Individualität« entwickeln konnten. Pierre Bourdieus Theorie der feinen Unterschiede setzt ja noch auf dieser kulturellen Statik und sozialen Hermetik der Milieus bis in die Nachkriegsgesellschaft auf<sup>15</sup>.

In den letzten beiden Jahrzehnten jedoch tritt nun die Idee der individuellen Autonomie immer stärker in den Vordergrund, also der Vorstellung von der Gestaltbarkeit von Lebensentwürfen und von der Wählbarkeit von Gruppenzugehörigkeiten auf der Grundlage des Lebensstil-Paradigmas. Natürlich gilt diese neue scheinbare Wahlfreiheit noch keineswegs für alle und überall, dazu ist die

---

14 Tagesspiegel vom 30.10.2018.

15 Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 3. Aufl., Frankfurt a.M. 1984.

soziale wie geschlechtliche Ungleichheit im Blick auf Verteilung von und Zugang zu wirtschaftlichen wie bildungsmäßigen Ressourcen nach wie vor zu hoch. Dennoch scheint es mittlerweile bei der Mehrheit der jungen Generationen eine feste Vorstellung, dass Bildungswege und Wissensformen, berufliche Perspektiven und soziale Netzwerke, Lebens- und Freizeitstile von ihnen selbst bestimmt und gestaltet werden wollen. Dass damit auch halbwegs frei darüber entscheiden werden kann, was von der sozialen wie der kulturellen, der ethnischen wie der religiösen »Erbschaft der Eltern« übernommen wird. Und dass in immer globaler verfassten Gesellschaften damit eben der Raum der Lebensstile derjenige ist, in dem individuelle Identität als ein persönlicher Praxis- und Wertekosmos konstruiert, verhandelt und biografisch immer wieder verändert wird – weitgehend jenseits von Grundgesetz, Bibel oder Koran, denn die sind dann bestenfalls noch in den Lebensstilen mit enthalten.

In dieser Richtung haben sich vor allem die Lebensverhältnisse in den größeren Städten entwickelt. Und deshalb wirken sie wie Zukunftslabore: Sie geben einerseits das Tempo, den Takt und den Kurs der sozialen und kulturellen Entwicklungen für die Gesamtgesellschaft vor. Andererseits und zugleich bieten sie auch den sozialen Raum und den kulturellen Anstoß dafür, sich individuell wie kollektiv eigenständige Wege der Lebensgestaltung zu suchen, die biografisch immer wieder neu justiert werden. Dass diese Wahlfreiheit und Selbstbestimmung freilich selbst in autonomen oder veganen Subkulturen noch an vielen Punkten vielfältigen Konsum-, Profit- wie Moral-Diktaten unterliegt, steht dabei ebenso auch außer Frage wie die historische Tatsache, dass die großen Städte der Moderne damit zugleich zum lebensweltlichen Territorium, ja: zur »Heimat« der Minderheiten geworden sind: von Migranten und Geflüchtete, von Homosexuellen und Frauenbewegungen, von Kunstszene und Subkulturen. Und dass sie vor allem die Stadtkulturen aktiv mitprägen.

### Soziale Spaltung: Die Rache der Dörfer?

Heute sind es fast ausschließlich Szenarien und Episoden aus dem Flucht- und Migrationsbereich wie aus den großen Städten, die in Politik und Medien gerne dazu benutzt werden, um das neue Thema der »sozialen Spaltung« zu illustrieren. Dahinter steht jedoch die keineswegs nur episodische, sondern vielmehr systematische Frage nach unseren heutigen *gesellschaftlichen* Selbstbildern und Selbstverständnissen – pathetisch gesprochen: die Frage nach der Gegenwart und Zukunft von Gesellschaften, die ihr historisches Selbstverständnis noch bis vor kurzem explizit aus einer ethnisch begründeten Idee der inneren Homogenität und der äußeren Differenz bezogen. Und es ist meist dieser Verlust der alten Gewissheiten, mit dem dann auch der Aufstieg des Rechtspopulismus erklärt

wird. Neben den gängigen, jedoch wenig hilfreichen Erklärungsversuchen dafür mit Schlagworten wie »Wut-Bürger« oder »Abgehängte« wird neuerdings vor allem das Stichwort »Kultur« genannt. Die Menschen – so wird argumentiert – würden unter den gegenwärtigen Bedingungen von Globalisierung und Flucht eine spezifische Form der kulturellen »Entfremdung« erfahren, die sie und ihre Lebenswelten unsicher mache und die daher fremdenfeindliche Ressentiments verstärke.

Mir scheint diese »kulturalistische« Erklärung allerdings wenig hilfreich. Denn sie nimmt – gesellschaftspolitisch betrachtet – damit eher die kulturellen Vorurteile auf als die sozialen Erfahrungen. Sie reproduziert insofern die Provokationsstrategie der Rechtspopulisten als den Versuch der sozialen Spaltung und Hysterisierung durch kulturelle Bedrohungs- und Angstszenarien. Darin erscheinen dann »fremde Mentalitäten« und »volksferne Eliten« als die Täter und die einfachen Einheimischen – also der berühmte »kleine« deutsche und weiße Mann – als die Opfer.

Gesellschaftspolitisch zeichnen sich in solchen Argumentationen zwar immer stärker auch durchaus sektenhafte Züge im Rechtspopulismus ab. Dennoch führen diese offenbar keineswegs – wie lange erhofft – zu seiner sozialen Isolierung. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe: Einerseits bildet sich in den letzten Jahren unübersehbar eine »nachhaltige« rechte Lagermentalität heraus, die entlang von nationalistischen und rassistischen Alltagsdiskursen entstand und die in bestimmten Sozialmilieus und Regionen mittlerweile völlig normal, stabil und salonfähig erscheint. Andererseits und zugleich wirken dabei inzwischen mediale Vernetzungen und digitale Formationen in neuer Weise zusammen, so dass eine Art von digitaler Kopräsenz entsteht: Wer sich seinen Denkhorizont aus Vorurteilen und Fake-News stabil halten will, muss sich nicht mehr in engen lokalen und mentalen Wagenburgen verschanzen. Der kann sich vielmehr längst national über rechte Parteien wie weltweit über Internet mit vielen anderen Wagen-Bürgern verbinden. – So wie vor Jahren schon Bushs Evangelikale Gruppen im US-amerikanischen Bible-Belt oder heute Trumps Follower von »America first« im Rusty-Belt oder die »Identitären« in Frankreich und Österreich: eine »Globalisierung« der Rechten?

In dieser Doppelgestalt von sozialer und medialer Bewegung entsteht auch die Erfahrung der »kritischen Masse«, einer Menge und Bewegung also, die sich nun auch zahlreich und stark genug fühlt für neue und offensive Haltungen. Deshalb inszeniert sich der Rechtspopulismus auch stets ganz bewusst als Bewegung und als »das Volk«. Deshalb nimmt er auch bewusst zivilgesellschaftliche Formen auf und schafft mit seinem reaktionären Heimatdiskurs bei vielen auch das Gefühl eines neuen nationalen Heroismus und Moralismus, der – weil er angeblich so tapfer für das Eigene kämpft – sich durch die Angriffe der Mehrheits- und Medienwelten nur in seinem Sendungsbewusstsein bestätigt fühlt: aktiver Kern

des »wahren Volks« zu sein. Es ist eben auch ein »rechter« Lebensstil, der da entwickelt wird – und der mit Rechtsrock und Kampfsport dann auch immer aggressivere Attacken auf Gegner wie Presse einschließt. Was Kurt Tucholsky am Vorabend von Hitlers Machtergreifung in der WELTBÜHNE schrieb, klingt nicht nur mit Blick nach der Türkei oder Ungarn heute ebenso hochaktuell wie bitter-sarkastisch: »Mit Neid blicken Journalisten jetzt auf so gefahrlose Berufe, wie sie Seiltänzer oder Dachdecker ausüben.«<sup>16</sup>

Im Erfahrungsraum der gesellschaftlichen Mehrheiten hingegen geht es heute nicht mehr vorwiegend um diese Kultur im Sinne von ethnischer Zugehörigkeit oder regionaler Herkunft. Vielmehr markiert Kultur hier längst eben jenes weite Feld der Lebensstile und der Lebensentwürfe, das sich zunehmend auf die individuelle Wahlmöglichkeit und auf die kulturelle Selbstbestimmung in der Lebensführung hin ausrichtet. In den einzelnen Lebensabschnitten immer neu und selbst über das persönliche Maß von Bindung wie Autonomie entscheiden zu können: Dies ist Idee und Ethos zugleich einer offenen Gesellschaft – letztlich also von Freiheit. Und diese Vorstellung ist mehrheitlich nicht mehr nur Vision, sondern bereits Realität der jüngeren, eher posttraditionalen und postnationalen Generationen.

Tatsächlich also stehen dem Bild von der bedrohten »eigenen« Kultur gar nicht primär die Geflüchteten und Migranten als »die Anderen« gegenüber. Vielmehr sind es die »anderen Eigenen«, also die eher städtischen Regionen und die jüngeren Generationen und oft die eigenen Kinder, die kulturell eben »anders« leben. Mit diesem Gegenentwurf jedoch kommt ein Teil der Generation der Väter und Mütter offenbar nicht mehr zu recht, oft aus Unsicherheit und Angst heraus, zu oft aber auch aus mangelnder Bereitschaft zu Empathie und Offenheit. So tendieren ältere Menschen und ländliche Sozialmilieus offenbar eher zu einem Zurück zu einem nationalen und regionalen Wir – ohne »die Fremden«! – und damit auch zu eher autoritären Vorstellungen von Konvention und Tradition, von Familie und Gemeinschaft. Denn diese Formationen konstituieren sich für sie durch Abstammung und Sprache, durch einheimische Normen und Werte: in Kirche und Verein, in Verwandtschaft und Dialekt – eben ohne die Anderen!

Dies zu erhalten oder wie in einem Cultural Backlash sogar jene »Auswildereung« der Gesellschaft seit 1968 wieder rückgängig zu machen – mit ihrer vermeintlich haltlosen Befreiung der Köpfe und der Körper, der Jugend und der Frauen (die damit doch nur ihre egoistische Verantwortungs- und Bindungslosigkeit kaschieren wollen): Das ist der Traum vieler Menschen, die sich von der offenen Gesellschaft mit ihren neuen Liberalität und Freiheit überfordert und die sich oft auch von ihren eigenen Kindern zurückgelassen fühlen. Und wenn diese Menschen dann die Rechten wählen, um sich vermeintlich die Kontrolle über

---

16 Tucholsky, Kurt, in: Weltbühne vom 21. 2. 1933.

das eigene Leben zurückzuholen, dann kippen damit zunehmend auch gesellschaftliche Machtverhältnisse: dann scheint plötzlich die Puszta über Budapest und Kärnten über Wien zu triumphieren. Wie eine »Rache der Dörfer« droht das klassische Stadt-Land-Verhältnis in einigen europäischen Regionen zu Lasten der städtischen Minderheiten und Freiheiten zu kippen.

Insofern ist es einerseits wichtig und richtig, die Phänomene dieser sozialen Spaltung weiterhin auf die unterschiedlichen Sozialmilieus zu beziehen und sie dort zu erforschen. Andererseits und zugleich jedoch muss nun die Perspektive der Generationszugehörigkeit deutlich weiter in den Vordergrund rücken, weil die Kraft von generationsübergreifenden Erfahrungshorizonten deutlich sinkt. Das wird überall sichtbar von der politischen Orientierung bis zum Wahlverhalten, von der Mobilität bis zur Arbeitsbiografie, von der Körperpolitik bis zur Partnerbeziehung. Wo also Heimat für die Älteren noch ein eher autoritär-rückwärtsgewandtes, aber jedenfalls *kollektives* Bild verkörpern mag, da meint sie für die Jüngeren offenbar neben der neuen Liberalität auch eine deutlich stärker *individuelle* Zuwendung und Zuordnung zur Welt<sup>17</sup>.

Und die Wissenschaft?

Hier nun schlägt spätestens auch die Stunde der Wissenschaft. Denn sie muss stets in jenen Feldern besonders präsent sein, in denen die Gesellschaft ihre wesentlichen Selbstbilder generiert, in denen sie sich ihrer Identität versichern will, sich in Frage stellt, nach Antworten sucht. Dort muss Wissenschaft wie ein Navigationsgerät wirken, das im Spannungsfeld von Integrations- und Desintegrationsprozessen neue Wege und Richtungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung vorschlägt. Denn in einer Gesellschaft, in der die Werte und Grundüberzeugungen heute zunehmend in Lebensstile eingebunden sind, werden sie im Alltag als ästhetische Haltungen wie als moralische Überzeugungen entwickelt. Dort muss auch die Wissenschaft daher explizit und reflexiv machen, *wie wir und wer wir* damit sein wollen.

Jedoch haben wir diesen vielschichtigen Prozess noch nicht wirklich systematisch und analytisch fassen können. Deshalb ist es so eminent wichtig, dass die Forschungen über die Entwicklung von Sozialmilieus und Generationen, von Migration und Integration in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft der neuen Lebensstile und der individuellen Freiheiten erweitert und intensiviert werden. Worüber wir uns allerdings auch deutlich mehr Gedanken machen

---

17 S. dazu Wolfgang Kaschuba: Beheimatung in der Migrationsgesellschaft? In: Berliner Debatte Initial 30, S. 66–74.

sollten als bislang, ist unsere eigene gesellschaftliche Rolle in diesem Prozess. Dafür abschließend ein letzter Hinweis:

Heute verkörpern gerade die Wissenschaften und die Universitäten selbst zentrale Orte und aktive Kräfte in dieser Entwicklung hin zu wachsender gesellschaftlicher Individualität und Autonomie. Denn gerade Universitätsstädte bilden ein Netz regelrechter »hot spots« in der Entwicklung neuer Lebensweisen und Kulturstile, weil sie in den letzten Jahren mit der neuen akademischen Mobilität zu internationalen wie interkulturellen Begegnungs-räumen geworden sind. Hier wollen sich alle selbst verwirklichen. Hier können sich viele auch in Gestalt von Minderheiten-Kulturen jeder Art selbst identifizieren: von der Mode bis zur Esskultur, von der körperlichen bis zur sexuellen Orientierung. Und damit verkörpern die Universitäten und ihre Städte heute auch ganz wesentlich die Ausgangsorte und die Ausgangsmilieus jener kulturellen Veränderungen, die zur Irritation und Verunsicherung in unserer Gesellschaft beitragen. Alexander Gauland meint also gerade auch uns, wenn er über die »internationale Clique« und die »globalisierte Klasse« schimpft.

Wie wir mit dieser Doppelrolle nun umgehen, zugleich Akteure wie Analysten dieser Entwicklung zu sein; wie wir dabei vor allem der Gefahr entgehen können, die eigene Sicht der Dinge und der Gesellschaft als die politisch und moralisch wertvollere zu betrachten und arrogant auf diejenigen herab zu schauen, die sich gegen diese Entwicklung stemmen; wie wir also einen moralischen Rigorismus vermeiden, wie er sich in manchen kosmopolitischen Haltungen von Akteuren in gesicherten materiellen und in gewohnten mobilen Lebensumständen tatsächlich manchmal ausdrückt: Das wird dabei eine große methodologische wie ethische Herausforderung sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschung sein. Auch dies zeigt und bestätigt uns gerade unser »Leben mit Corona«, in dem eben nicht mehr wie anfangs scheinbar nur die Lebenswissenschaften gefragt und gefordert sind, sondern zunehmend auch die Sozial- und Kulturwissenschaften, die das »Leben in und als Gesellschaft« navigieren müssen.

Deshalb muss Wissenschaft sich heute in den gesellschaftlichen Erörterungsmodus noch aktiver und offensiver einmischen. Denn dort, wo konflikthaft wie diskursiv, wo fundamentalistisch wie reflexiv über unsere verschiedenen »Wir's« nachgedacht und gestritten wird, dort muss Wissenschaft helfen, die Vielfalt und Freiheit der Erfahrungen groß und die Meinungen und Positionen offen zu halten. Dann meint »Integration« in der Tat nicht mehr eine Politik der Vereinheitlichung und Abschließung der Gesellschaft, sondern genau umgekehrt: deren aktive Bewegung, Begegnung und Öffnung im Raum ihrer Lebensstile. So bleibt – gerade nach den schweren Erfahrungen von viraler Pandemie und sozialer Distanz – die Integration von und in Gesellschaft umso mehr die zentrale Aufgabe der späten Moderne.

